

Stellungnahme zum Antrag

CDU-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/1064**

Verantwortlich: **Dez. 6**

Dienststelle: **StplA**

Querspange B36/B293 - Anschluss an die Welschneureuter Straße

Antrag: CDU

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	25.10.2022	31	X	
Planungsausschuss	10.11.2022	4	x	

Kurzfassung

Die Stadtverwaltung wird gemeinsam mit der Planungsstelle des Regierungspräsidiums Karlsruhe eine vertiefende Verkehrsuntersuchung beauftragen. In diese Verkehrsuntersuchung sollen Planfälle aufgenommen werden, die den durch die Querspange verursachten Mehrverkehr in Neureut verhindern z.B. Rückbau der Anschlussstelle Neureut-Süd, Drosselungen der Zu- oder Durchfahrt Neureuts oder verkehrsberuhigende Maßnahmen mit dem Ziel der Kapazitätseinschränkungen für das nachfolgende Netz in Neureut. Es ist jedoch zu erwarten, dass die Planfälle auch hohe Auswirkungen auf den Quell- und Zielverkehr Neureuts haben und es zu Verlagerungen in angrenzende, sensible Wohnbereiche kommen kann.

Die Auswirkungen der Planfälle sollen daher vertieft dargestellt werden und den politischen Gremien vorgestellt werden (z.B. Ortschaftsrat Neureut, Planungsausschuss Karlsruhe). Sodann kann eine abgestimmte und ausgewogene Entscheidung fallen, welche der Maßnahmen auf Akzeptanz stoßen und umgesetzt werden sollen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input checked="" type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Angebot wird eingeholt. Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	Korridor-thema: Mobilität
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
		abgestimmt mit

Ergänzende Erläuterungen

Bei den Planungen der Bundesstraßenplanung Querspange B36/B293 muss das Regierungspräsidium Karlsruhe als Vorhabenträger Gutachten und Untersuchungen erstellen. Hierzu gehört eine Verkehrsuntersuchung, in welcher die verkehrlichen Auswirkungen der Querspange – auch auf das nachfolgende Straßennetz - dargestellt sind.

In der Verkehrsuntersuchung sind die Verkehrszunahmen für Neureut quantifiziert, welche aufgrund des Baus einer Querspange auftreten: Der Durchgangsverkehr erhöht sich um 2.000 Kfz/Tag und verteilt sich insbesondere auf die Streckenzüge Welschneureuter Straße – Klammweg, Neureuter Hauptstraße, Unterfeldstraße, Rembrandtstraße, Mittelstorstraße - Neureuter Querallee. Die Verkehrszunahme auf diesen Streckenzügen wird je nach Abschnitt mit etwa 5 bis 20% prognostiziert.

Das Regierungspräsidium hat bereits in der Öffentlichkeitsbeteiligung am 4. Oktober (Badnerlandhalle, Neureut) zugesagt, gemeinsam mit der Stadt nach Lösungen zu suchen für den prognostizierten Mehrverkehr.

Die Stadtverwaltung will daher gemeinsam mit der Planungsstelle des Regierungspräsidiums Karlsruhe eine vertiefende Verkehrsuntersuchung beauftragen. In diese Verkehrsuntersuchung sollen Planfälle aufgenommen werden, die den Durchgangsverkehr verhindern z.B. Rückbau der Anschlussstelle Neureut-Süd (einzelne Abbiegebeziehungen oder totaler Rückbau), Drosselungen der Zu- oder Durchfahrt Neureuts oder verkehrsberuhigende Maßnahmen mit dem Ziel der Kapazitätseinschränkungen für das nachfolgende Netz in Neureut. Es ist jedoch zu erwarten, dass die Planfälle auch hohe Auswirkungen auf den Quell- und Zielverkehr Neureuts haben und es zu Verlagerungen in angrenzende, sensible Wohnbereiche kommen kann.

Die Auswirkungen der Planfälle sollen daher vertieft dargestellt werden und den politischen Gremien vorgestellt werden (Ortschaftsrat Neureut, Planungsausschuss Karlsruhe). Sodann kann eine abgestimmte und ausgewogene Entscheidung fallen, welche der Maßnahmen auf Akzeptanz stoßen und umgesetzt werden sollen.

Als nächsten Schritt wird das Regierungspräsidium Karlsruhe zusammen mit der Stadt Karlsruhe ein Angebot für die vertiefte Verkehrsuntersuchung einholen. Es wird erwartet, dass auf das Regierungspräsidium und die Stadt Karlsruhe jeweils ein 4- bis 5-stelliger Betrag für das Jahr 2023 zukommt, der innerhalb der Vorgaben des Haushaltssicherungskonzepts abwickelbar ist.